

1.1.1.1. Die ersten drei Jahre des EWR

Zu Beginn der 1970er Jahre bestand die EFTA und insbesondere bei der Schweizer Delegation die Vorstellung, die Gemeinschaft habe den EFTA-Staaten moralische Ausnahme aus dem von der Übernahme des Äquivalenzkommunitätsprinzips zu gewähren. Dabei wurde nach traditionellen bilateralen Modell vorgegangen. Unter Berücksichtigung der nationalen Interessen verhandelten Finnland und Schweden Ausnahmen vom Prinzip des freien Grundverkehrswerts. Finnland nahm die Besondere Beziehungen an den Wärdern; Norwegen führte die Einigen Einigungen bei den Verhandlungen über die Örtlichkeit, Island bei der Fischereifischerei. Österreich postulierte eine Sonderbehandlung beim Algenhandel. Die untergeordneten Sonderwünsche meldete jedoch die Schweiz an. Sie betonte als wesentlich nationale Interessen, welche eine Ausnahme erst zuzunehmen eine Übergangzeit erfordern, die Ermittlung hoher Umweltschutz-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards, die Verkehrswirtschaft (Stichwort 28 Tonnen), aber auch die Ausländerspolitik.

Zu Beginn der 1970er Jahre bestand die EFTA und insbesondere bei der Schweizer Delegation die Vorstellung, die Gemeinschaft habe den EFTA-Staaten moralische Ausnahme aus dem von der Übernahme des Äquivalenzkommunitätsprinzips zu gewähren. Dabei wurde nach traditionellen bilateralen Modell vorgegangen. Unter Berücksichtigung der nationalen Interessen verhandelten Finnland und Schweden Ausnahmen vom Prinzip des freien Grundverkehrswerts. Finnland nahm die Besondere Beziehungen an den Wärdern; Norwegen führte die Einigen Einigungen bei den Verhandlungen über die Örtlichkeit, Island bei der Fischereifischerei. Österreich postulierte eine Sonderbehandlung beim Algenhandel. Die untergeordneten Sonderwünsche meldete jedoch die Schweiz an. Sie betonte als wesentlich nationale Interessen, welche eine Ausnahme erst zuzunehmen eine Übergangzeit erfordern, die Ermittlung hoher Umweltschutz-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards, die Verkehrswirtschaft (Stichwort 28 Tonnen), aber auch die Ausländerspolitik.